

VI Reichtum ohne Wert, Wert ohne Reichtum

Sonia Montaño im Gespräch mit André Gorz

Wie viele andere Länder ist Brasilien in hohem Maße von der Arbeitslosigkeit betroffen. Eine der verbreitetsten und von den Regierungen, den Politikern und den Ökonomen am meisten befürworteten Lösungen ist die Steigerung des Wachstums. Sie aber sagen nun, das reiche nicht aus. Warum?

Zuerst müssen wir uns fragen: Welches Wachstum brauchen wir? Was fehlt uns, das das Wachstum uns bringen sollte? Doch diese Fragen werden nie mehr gestellt.

Die Ökonomen, die Regierungen, die Geschäftsleute fordern *das Wachstum* an sich, ohne je dessen Endzweck zu definieren. Der Inhalt des Wachstums interessiert die Entscheidungsträger nicht. Was sie interessiert, ist die Erhöhung des Bruttoinlandsprodukts (BIP), das heißt die Erhöhung der ausgetauschten Geldmenge, der Menge der im Laufe eines Jahres ausgetauschten und verkauften Waren, unabhängig von der Art dieser Waren. Nichts garantiert, dass das Anwachsen des BIP die Verfügbarkeit der Produkte erhöht, deren die Bevölkerung bedarf. In Wirklichkeit entspricht dieses Wachstum zunächst einem Bedürfnis des Kapitals, nicht den Bedürfnissen der Bevölkerung. Häufig schafft es mehr Arme und mehr Armut, häufig nützt es einer Minderheit auf Kosten der Mehrheit, es verschlechtert die Lebensqualität und die Umwelt, statt sie zu verbessern.

Welche Reichtümer und Ressourcen fehlen den Bevölkerungen am häufigsten? Als erstes eine gesunde und ausgewogene Ernährung; gutes Trinkwasser; reine Luft, Licht und Raum; eine zuträgliche und angenehme Wohnung. Doch die Entwicklung des BIP misst nichts von alledem. Ein Beispiel: ein Dorf gräbt einen Brunnen, und alle können dort Wasser schöpfen. Das Wasser ist ein Gemeingut und der Brunnen das Produkt einer gemeinsamen Arbeit. Er ist die Quelle eines größeren Reichtums der Gemeinde. Aber er erhöht nicht das BIP, da er zu keinem Geldverkehr führt: nichts wird gekauft oder verkauft. Wenn der Brunnen jedoch von einem Privatunternehmer gebohrt und in Besitz genommen wird, der von jedem Dorfbewohner verlangt, für das Wasser, das er ihm entnimmt, zu zahlen, dann erhöht sich das BIP um die vom Eigentümer kassierten Gebühren.

Oder nehmen wir das Beispiel der landlosen Bauern. Wenn Sie 100 000 Familien brachliegendes Land geben, auf dem sie ihren Unterhalt erzeugen, ändert sich das BIP nicht. Es ändert sich auch nicht, wenn diese Familien Aufgaben von allgemeinem Interesse untereinander aufteilen, Produkte und Dienste auf einer Basis der Gegenseitigkeit und der Kooperation austauschen. Wenn dagegen 100 Grundbesitzer 100 000 Familien von ihrem Land vertreiben und auf diesem Land kommerzielle Pflanzen anbauen, die für den Export bestimmt sind, dann erhöht sich das BIP um den Betrag dieser Exporte und der den Landarbeitern gezahlten Hungerlöhne.

Das BIP kennt und misst Reichtümer nur dann, wenn sie Warenform haben. Es erkennt als produktive Arbeit nur die Arbeit an, die einem Unternehmen verkauft wird, das daraus Profit zieht; anders gesagt, das das Produkt dieser Arbeit mit Profit weiterverkaufen kann. Aus der Sicht des Kapitals ist allein die Arbeit produktiv,

die einen Überschuss – einen »Mehrwert« – erzeugt, der geeignet ist, das Kapital zu vergrößern.

In den Ländern, in denen die große Mehrheit der Bevölkerung arm ist, gibt es nur wenige Leute, denen man etwas mit Profit verkaufen kann. Die Entwicklung einer Marktwirtschaft, die Arbeitsplätze schafft, kann nur in Angriff genommen werden, wenn eine politische Macht existiert, die in der Lage ist, ihre Initiativen und öffentlichen Impulse auf eine Strategie der Exporte und der Entwicklung zu konzentrieren. Eine solche Macht existierte insbesondere in Japan und Südkorea. Aber man muss auch daran erinnern, dass die Entwicklung des Industriekapitalismus in diesen Ländern vor der neoliberalen Globalisierung stattgefunden hat, vor der Revolution der Mikroinformatik, zu einer Zeit, die geprägt war vom anhaltenden Wachstum der Wirtschaften des Nordens. Die Märkte der reichen Länder expandierten, ihre Wirtschaften importierten ausländische Arbeitskräfte, und die japanische und dann die koreanische Industrie konnten sich ohne große Schwierigkeit einen Platz auf dem europäischen oder dem nordamerikanischen Markt erobern, weil sie sich für eine gute Industrialisierungsstrategie entschieden.

Doch seit Ende der 1970er-Jahre haben sich die Bedingungen grundlegend geändert. Die Exporte in die reichen Länder können nicht mehr der Hauptmotor des Wirtschaftswachstums des Südens sein, und zwar aus vielerlei Gründen. Zunächst haben die Märkte des Nordens aufgehört zu expandieren. Sodann erlaubt es die neoliberale Globalisierung den sogenannten Schwellenländern nicht mehr, ihre heimischen Industrien und ihre Landwirtschaft vor der Konkurrenz der Länder des Nordens zu schützen. Indem sie sich diesen öffnen, um ausländische Investitionen anzulocken, geraten sie in eine gefährliche Falle. Die Importe aus dem Norden ruinieren

Millionen von halbhandwerklichen Betrieben und schaffen Industrien, die relativ wenige Arbeitsplätze bieten und dem Land sehr hohe sogenannte Modernisierungskosten auferlegen. Tatsächlich geht die Ära der sogenannten arbeitsintensiven Industrien zu Ende. Die niedrigen Löhne der Länder des Südens reichen nicht mehr aus, ihnen Marktanteile zu sichern. Von nun an erfordert praktisch jede Industrieproduktion eine starke Kapitalintensität, also hohe Investitionen, und die Amortisierung, die Entlohnung sowie die ständige technische Anpassung des fixen Kapitals fallen bei den Gestehungspreisen weit mehr ins Gewicht als die Lohnkosten. Diese relativ kleine Arbeiterschaft muss ein sehr hohes Produktivitätsniveau aufweisen, denn von dem Mehrwert, den sie produziert, hängt die Rentabilität der Investition ab. Schließlich hängt die Wettbewerbsfähigkeit der Industrien weit stärker als in der Vergangenheit von einer überaus kostspieligen logistischen Infrastruktur ab: von Kommunikationswegen, Transport-, Energie- und Telekommunikationsnetzen, Verwaltungen und effizienten öffentlichen Diensten, Forschungs- und Ausbildungszentren, kurz, von dem, was Marx (auf Französisch) die *faux frais* der Wirtschaft nannte, Nebenkosten, deren Finanzierung durch Entnahmen aus dem von der Industrie produzierten Mehrwert erfolgen muss.

Wenn man das »chinesische Wunder« untersucht, wird man feststellen, dass China in dieser Hinsicht keine Ausnahme bildet. Die logistische Infrastruktur und die Dienstleistungen hinken den Bedürfnissen der Industrie hinterher; Engpässe insbesondere bei der Versorgung mit Wasser, Energie und Raum bremsen oder blockieren das Wachstum, die Arbeitslosigkeit nimmt dramatisch zu, denn die Industrialisierung hat die ländlichen Produktionswerkstätten ruiniert, von denen 100 Millionen Arbeiter lebten, und die Agrarkonzentration zwingt mehr als 100 weitere Millionen zur

Abwanderung. Die Arbeitslosenquote in den Städten wird vom Bureau International du Travail (BIT) auf etwa 20 Prozent geschätzt und hat die Tendenz, rasch anzusteigen. Tatsächlich können die chinesischen Produktionen mit denen des Nordens qualitativ nur dann gleichziehen, wenn der Rückgriff auf die im Überfluss vorhandenen, billigen Arbeitskräfte stärker hinter der Datenverarbeitung und der Automatisierung zurücktritt, Bereiche, die bei zwar stärkerer Kapitalintensität Arbeit und Energie sparen. In China wie in Indien und im Westen bereichert das postfordistische Wachstumsmodell etwa 20 Prozent der Bevölkerung, erzeugt jedoch rings um hypermoderne postindustrielle Enklaven weite Gebiete der Armut und Verwahrlosung, wo das organisierte Verbrechen sowie Kriege zwischen Sekten und Religionen entstehen.

Das »Wachstum« erlaubt es nicht, der Falle der neoliberalen Modernisierung zu entkommen, es sei denn, man definiert das, was wachsen soll, durch grundlegend andere Parameter, das heißt man definiert eine völlig andere Ökonomie. Der Bericht des United Nations Development Program (UNDP) über die »menschliche Entwicklung« hat 1996 eine solche Neudefinition skizziert. Indem man den üblichen »Indikatoren« des Reichtums noch den Gesundheitszustand der Bevölkerung, ihre Lebenserwartung, ihren Alphabetisierungsgrad, die Qualität der Umwelt, den Grad des sozialen Zusammenhalts hinzufügte, hat sich eines der seinem BIP nach ärmsten Länder des Planeten, Kerala, als eines der reichsten erwiesen.

Ich will versuchen, die Gründe für dieses Paradox kurz zusammenzufassen. In einer Wirtschaft, in der die Unternehmen ständig bestrebt sind, einander Marktanteile abzujagen, versucht ein jedes, seine Kosten dadurch zu senken, dass es die Quantität der Beschäftigung verringert: es bemüht sich, deren Produktivität zu er-

höhen. Nehmen Sie einmal an, zu einem bestimmten Zeitpunkt hätte sich die Produktivität verdoppelt. Dann benötigt man halb soviel Arbeit, um dieselbe Menge an Waren herzustellen. Aber der *Wert* dieser selben Menge wird ebenfalls die Tendenz haben, um die Hälfte zu sinken, und im selben Verhältnis wird das Profitvolumen abnehmen. Denn allein die lebendige Arbeit ist imstande, Wert zu schöpfen; und vor allem ist allein die lebendige Arbeitskraft in der Lage, einen Wert zu schöpfen, der größer ist als ihr eigener, das heißt einen Mehrwert. Der Mehrwert ist der Wert der Produktion, den ein Arbeiter zusätzlich zu seinen eigenen Bedürfnissen und denen seiner Familie realisiert. Er ist ein ökonomischer Mehrbetrag (*economical surplus* nach der Terminologie von Paul Baran). Das Verhältnis des Mehrwerts in der Gesamtheit des von einem Arbeiter produzierten Werts ist die Mehrwertrate, die Marx auch Ausbeutungsrate nennt. Der Mehrwert ist die Quelle des Profits. Damit das Profitvolumen nicht abnimmt, muss das Unternehmen bei gleichbleibender Produktion entweder die Exportrate verdoppelt haben, oder es muss ihm gelungen sein, bei gleichbleibender Exportrate seine Produktion zu verdoppeln.

Das Wachstum ist also für den Kapitalismus eine systemimmanente Notwendigkeit, die von der materiellen Realität dessen, was wächst, völlig unabhängig ist und ihr gleichgültig gegenübersteht. Es entspricht einem Bedürfnis des Kapitals. Es führt zu der paradoxen Entwicklung, dass man in den Ländern mit höherem BIP immer schlechter lebt und dabei immer mehr Waren konsumiert.

Ausgehend von einem historischen Kontext (einer neuerlichen Lektüre von Hannah Arendt über die »Arbeit« bei den Griechen), unterscheiden Sie die Kategorien »Beschäftigung« und »Arbeit«. Welche Bedeutung hat diese Unterscheidung und was sind ihre Konsequenzen?

Die Arbeit, so wie wir sie verstehen, ist keine anthropologische Kategorie. Es ist ein Begriff, der Ende des 18. Jahrhunderts erfunden wurde. Hannah Arendt erinnert daran, dass im antiken Griechenland die Arbeit alle für das Leben notwendigen Tätigkeiten bezeichnete. Diese Tätigkeiten besaßen weder Würde noch Adel: es waren Notwendigkeiten. Arbeiten hieß, sich der Notwendigkeit unterwerfen, und diese Unterwerfung machte einen Menschen unwürdig, als Bürger am öffentlichen Leben teilzunehmen. Die Arbeit war den Sklaven und den Frauen vorbehalten. Sie wurde als das Gegenteil der Freiheit betrachtet. Sie wurde in die private, die häusliche Sphäre verbannt.

Im 18. Jahrhundert beginnt eine andere Auffassung Gestalt zu gewinnen. Die Arbeit wird langsam als eine Tätigkeit verstanden, die die Natur verändert und sie beherrscht, nicht als eine Tätigkeit, die sich ihr lediglich unterwirft. Außerdem ließ die allmähliche Abschaffung der Hausindustrien – besonders der Weber – durch die Manufakturen die Arbeit als gesellschaftliche, gesellschaftlich bestimmte und geteilte Tätigkeit erscheinen. Der Manufakturkapitalismus verlangt Arbeitskräfte, die für ihn Arbeit ohne Qualifikation und ohne Qualität leisten, einfache, sich wiederholende Arbeit, zu der jedermann fähig sein muss, einschließlich der Kinder. Auf diese Weise entsteht jene Gesellschaftsklasse ohne Qualität, das Proletariat, das »einfach nur Arbeit« liefert, *travail sans phrase*. Man glaubt, dass sich jedes Proletariat gegen jedes andere austauschen lässt. Die proletarische Arbeit gilt als völlig unpersönlich und undifferenziert. Adam Smith sieht in ihr die allen Waren gemeinsame Substanz, eine quantifizierbare und messbare Substanz, deren in dem Produkt kristallisierte Qualität ihren *Wert* bestimmt.

Wenig später gibt Hegel der Arbeit an sich eine weiter gefasste Bedeutung: sie ist nicht die bloße Verausgabung von Energie, wo-

durch die Menschen ihren Geist in die Materie einschreiben und, zunächst ohne es zu wissen, die Welt verändern und produzieren. Zwischen der Arbeit, die im ökonomischen Sinn eine in Waren kristallisierte Ware wie jede andere ist, und der Arbeit im philosophischen Sinn, die Veräußerlichung und Objektivierung seiner selbst ist, muss der Widerspruch schließlich offenkundig werden. Die Arbeit, wie der Kapitalismus sie begreift, ist die Negation der Arbeit, wie die Philosophie sie begreift, nämlich ihre Entfremdung: der Kapitalismus bestimmt die Arbeit als etwas Fremdes (*alienus*), das sie für sich und durch sich selbst nicht sein kann.

Marx formulierte dies auf folgende Weise (*Lohnarbeit und Kapital*, 1849): die Arbeit ist »die eigne Lebenstätigkeit des Arbeiters, seine eigne Lebensäußerung. Und diese *Lebenstätigkeit* verkauft er an einen Dritten, um sich die nötigen *Lebensmittel* zu sichern. Seine Lebenstätigkeit ist für ihn also nur ein Mittel, um existieren zu können. [...] Er rechnet die Arbeit nicht selbst in sein Leben ein, sie ist vielmehr ein Opfer seines Lebens. Sie ist eine Ware, die er an einen Dritten zugeschlagen hat. Das Produkt seiner Tätigkeit ist daher auch nicht der Zweck seiner Tätigkeit.«³³

Der erste Zweck seiner Tätigkeit ist, »Geld zu verdienen«, einen Lohn zu erhalten. Denn durch den Lohn, mit dem sie bezahlt wird, schreibt sich die Arbeit als *gesellschaftliche Tätigkeit* in das Geflecht des gesellschaftlichen Warenaustauschs ein, der die Gesellschaft strukturiert, und durch ihn wird der Arbeiter als dieser Gesellschaft angehöriger, gesellschaftlicher Arbeiter anerkannt.

Doch aus der Sicht der Gesellschaft ist der wichtigste Aspekt, der es rechtfertigt, von kapitalistischer Gesellschaft zu sprechen, noch ein anderer: die als Ware behandelte Arbeit, die Beschäftigung, *gleicht die Arbeit strukturell dem Kapital an*. So wie der entscheidende Zweck des Kapitals nicht das Produkt ist, das das Un-

ternehmen auf den Markt bringt, sondern der Profit, den sein Verkauf zu erzielen erlaubt, ist das entscheidende Ziel des Lohnarbeiters nicht das, *was* er produziert, sondern der Lohn, den seine produktive Tätigkeit ihm einbringt. *Arbeit und Kapital sind aufgrund ihres Antagonismus grundlegend Komplizen, insofern ihr entscheidendes Ziel das »Geldverdienen« ist*. In den Augen des Kapitals ist die Natur der Produktion weniger wichtig als ihre Rentabilität; in den Augen des Arbeiters ist sie weniger wichtig als die Arbeitsplätze, die sie schafft, und die Löhne, die sie abwirft. Für den einen wie den anderen kommt es nicht darauf an, *was* produziert wird, Hauptsache, es bringt etwas ein. Der eine wie der andere stehen bewusst oder unbewusst im Dienst der Valorisierung des Kapitals.

Aus diesem Grunde sind die Arbeiterbewegung und der Syndikalismus nur dann antikapitalistisch, wenn sie nicht nur das Lohnniveau und die Arbeitsbedingungen in Frage stellen, sondern auch die Zwecke der Produktion und die Warenform der Arbeit, durch die sie realisiert wird.

Auf welche Weise ist die Arbeit die Grundlage der ökologischen Krise?

Die Lohnarbeit ist nicht nur für das Kapital das Mittel, anzuwachsen, sondern aufgrund ihrer Modalitäten und ihrer Organisation auch ein Mittel, den Arbeiter zu beherrschen. Dieser ist seiner Arbeitsmittel, des Zwecks und des Produkts seiner Arbeit beraubt, ebenso der Möglichkeit, deren Natur, Dauer und Rhythmus zu bestimmen. Der einzige Zweck, der für ihn greifbar ist, ist das Geld des Lohns und das, was es kaufen kann. Die Arbeit als Ware bringt den reinen Warenkonsumenten hervor. Der beherrschte Arbeiter bringt den beherrschten Konsumenten hervor, der nichts mehr von dem produziert, dessen er bedarf. Der produzierende

Arbeiter wird durch den konsumierenden Arbeiter ersetzt. Gezwungen, seine gesamte Zeit, sein Leben zu verkaufen, nimmt er das Geld als etwas wahr, mit dem sich symbolisch alles zurückkaufen lässt. Fügt man hinzu, dass die Dauer der Arbeit, die Wohnbedingungen, das städtische Umfeld lauter Hindernisse sind, individuelle Fähigkeiten zu entfalten, soziale Beziehungen zu knüpfen und die arbeitsfreie Zeit zu genießen, versteht man, dass der auf eine Ware reduzierte Arbeiter nur von Waren träumt.

Die Herrschaft, die das Kapital über die Arbeiter ausübt, indem es sie zwingt, alles zu *kaufen*, was sie brauchen, stößt in einer ersten Phase auf deren Widerstand. Ihre Käufe betreffen im Wesentlichen notwendige Produkte, ihr Konsum richtet sich nach ihren lebenswichtigen Bedürfnissen, und ihr Lohn reicht gerade aus, ihr Überleben zu sichern. Gegen ihre Ausbeutung können sie sich nur mit Hilfe kollektiver Aktionen und Initiativen zur Wehr setzen, und sie vereinen sich im Kampf auf der Basis *der ihnen gemeinsamen Bedürfnisse*. Es ist die heroische Zeit des Syndikalismus, der Arbeiterkooperativen und -hilfsvereine, der Arbeiterkulturkreise sowie die Zeit der Klasseneinheit und -zugehörigkeit.

In diesem Stadium werden die Arbeiterkämpfe hauptsächlich in Namen des Rechts auf Leben geführt, mit der Forderung eines *ausreichenden* Lohns, der den Bedarf der Arbeiter und ihrer Familien deckt. Diese Norm des *Ausreichenden* ist so zwingend, dass die gelernten Arbeiter aufhören zu arbeiten, sobald sie *genug* verdient haben, um ihr gewohntes Leben führen zu können, und dass die nach Leistung bezahlten Arbeiter nur durch eine Senkung ihres Stundenlohns gezwungen werden können, zehn oder zwölf Stunden am Tag zu arbeiten.

Doch ab 1920 in den Vereinigten Staaten und ab 1948 in Westdeutschland bieten die primären Bedürfnisse dem Kapitalismus

einen zu engen Markt, der die Warenmenge, die er zu produzieren vermag, nicht aufnehmen kann. Die Wirtschaft kann nicht weiterwachsen, das akkumulierte Kapital kann nicht valorisiert und die Profite können nur dann reinvestiert werden, wenn die Produktion des Überflüssigen immer deutlicher die Produktion des Notwendigen überwiegt. Der Kapitalismus braucht Konsumenten, deren Käufe immer weniger von den allen *gemeinsamen Bedürfnissen* und immer mehr von *differenzierten individuellen Wünschen* motiviert sind. Der Kapitalismus muss einen neuen Typ Konsument, einen neuen Typ Individuum hervorbringen: das Individuum, das sich durch seinen Konsum, durch seine Käufe, von der gemeinsamen Norm befreien, sich von den anderen *unterscheiden* und sich als »außergewöhnlich« beweisen will.

Das ökonomische Interesse der Kapitalisten deckt sich wunderbar mit ihrem politischen Interesse. Die Individualisierung und Differenzierung der Konsumenten ermöglichen es, sowohl die Absatzmärkte der Industrie zu vergrößern als auch den Zusammenhalt und das Klassenbewusstsein der Arbeiter zu untergraben. Diese müssen zu Verhaltensweisen und Bestrebungen angeregt werden, die denen der »Mittelklasse« nahekommen. Einer der ersten, die diese Veränderung der Arbeiterklasse methodisch untersucht haben, war John Ford.

In seinen Fabriken erforderten die Montagebänder eine monotone, geisttötende, würdelose Arbeit, jedoch erhielten die solcherart disqualifizierten Arbeiter beneidenswert hohe Löhne. Was sie auf dem Gebiet der Berufsehre verloren, sollten sie angeblich auf dem Gebiet des Konsums gewinnen. Der Bedarfskonsum wurde zumindest teilweise durch den »kompensierenden Konsum« ersetzt.

Der sogenannten fordistischen Periode, die mit Höhen und Tiefen von 1948 bis 1973 dauerte, ist es gelungen, die Steigerung

der Löhne, der sozialen Leistungen, der öffentlichen Ausgaben und vor allem der Produktion und der Beschäftigung miteinander zu kombinieren. Die annähernde Vollbeschäftigung beruhte dabei auf einem Wachstum der Produktion, das höher war als der Anstieg der Arbeitsproduktivität, das heißt höher als 4 Prozent im Jahr. In dem Maße, wie die wirtschaftliche Expansion für die Sicherheit der Arbeitsplätze und die soziale Sicherheit sorgte, lag sie im unmittelbaren Interesse der Arbeiterklasse. Mit Ausnahme einer minoritären gewerkschaftlichen Linken kritisierte die Arbeiterbewegung weder die Natur noch die Richtung dieser Expansion, sondern verlangte vielmehr deren Beschleunigung.

Nun bedeutet aber die anhaltende Expansion der Produktion in einem kapitalistischen System eine Beschleunigung der Rotation und der Akkumulation des Kapitals. Das fixe (in die materiellen Einrichtungen investierte) Kapital muss schnell rentabilisiert und amortisiert werden, damit die Profite in die Erweiterung der Produktionsmittel reinvestiert werden können.

Aus ökologischer Sicht führt die Beschleunigung der Rotation des Kapitals dazu, alles auszuschließen, was den Profit unmittelbar verringert. Daher hat die kontinuierliche Expansion der Industrieproduktion eine beschleunigte Plünderung der natürlichen Ressourcen zur Folge. Das Bedürfnis des Kapitals nach unbegrenzter Expansion führt zu dem Versuch, die Natur und die natürlichen Ressourcen abzuschaffen, um sie durch hergestellte und mit Profit verkaufte Produkte zu ersetzen. Ein beredtes Beispiel dafür ist das genetisch veränderte Saatgut, das einige Riesenkonzerne in der ganzen Welt durchzusetzen sich bemühen. Sie trachten danach, die natürliche Reproduktion bestimmter Pflanzenarten ebenso abzuschaffen wie diese Arten selbst, die Bauernschaft und den Nahrungsmittelanbau, kurz, die Möglichkeit der Menschen, ihre

Lebensmittel selbst herzustellen. Die Arbeiter und ihre Organisationen, das heißt die »Arbeit als Ware«, sind nur insoweit mitverantwortlich für diese Plünderung und Zerstörung, als sie die Arbeitsplätze um jeden Preis im bestehenden Kontext verteidigen und deshalb alles bekämpfen, was unmittelbar das Wirtschaftswachstum und die finanzielle Rentabilität der Investitionen verringert.

Was Marx vor hundert Jahren im ersten Buch von *Das Kapital* schrieb, ist von erstaunlicher Aktualität:

»Wie in der städtischen Industrie wird in der modernen Agrikultur die gesteigerte Produktivkraft und größere Flüssigmachung der Arbeit erkaufte durch Verwüstung und Versiechung der Arbeitskraft selbst. Und jeder Fortschritt der kapitalistischen Agrikultur ist nicht nur ein Fortschritt in der Kunst, den Arbeiter, sondern zugleich in der Kunst, den Boden zu berauben, jeder Fortschritt in Steigerung seiner Fruchtbarkeit für eine gegebene Zeitfrist zugleich ein Fortschritt im Ruin der dauernden Quellen dieser Fruchtbarkeit. Je mehr ein Land, wie die Vereinigten Staaten von Nordamerika z.B., von der großen Industrie als dem Hintergrund seiner Entwicklung ausgeht, desto rascher dieser Zerstörungsprozess. Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquelle alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.«³⁴

Sie haben aufgezeigt, dass in unserer Gesellschaft das große Problem heute nicht mehr die Produktion ist, sondern die Distribution. Woher rührt diese Veränderung und was schlagen Sie vor, um mit dieser neuen Herausforderung fertig zu werden? Könnte die Unabhängigkeit der Arbeit vom Einkommen, eine Idee, die Sie befürworten, dieser Veränderung gerecht werden?

Die Antwort ist recht einfach: Wenn die Gesellschaft immer mehr Reichtum mit immer weniger Arbeit produziert, wie kann sie dann das Einkommen jedes Einzelnen von der Arbeitsmenge, die er liefert, abhängig machen? Diese Frage wurde nach dem Übergang zum Fordismus immer dringender. Die »informationelle Revolution«, die zuerst »mikroelektronische Revolution« genannt wurde, ermöglichte gigantische Einsparungen an Arbeitszeit bei der materiellen Produktion, der Verwaltung, der Kommunikation, dem Großhandel sowie sämtlichen Bürotätigkeiten. In einem ersten Schritt (von 1975 bis 1985) haben die gewerkschaftliche und die politische Linke versucht, eine Politik der Umverteilung der Arbeit und der Einkommen durchzusetzen, nach der Devise: »Weniger arbeiten, damit alle arbeiten, und besser leben.« Sie sind gescheitert, und wir müssen den Grund dafür verstehen.

Mit der Informatisierung und Automatisierung hat die Arbeit aufgehört, die hauptsächlich Produktivkraft zu sein, so wie die Löhne aufgehört haben, die hauptsächlich Produktionskosten zu sein. Die organische Zusammensetzung des Kapitals (das heißt das Verhältnis von konstantem zu variablem Kapital) hat rasch zugenommen. Das Kapital ist zum entscheidenden Produktionsfaktor geworden. Die Bezahlung, die Reproduktion, die ständige technische Innovation des materiellen fixen Kapitals erforderten Finanzmittel, die weit höher waren als die Arbeitskosten. Letztere liegen derzeit häufig unter 15 Prozent der Gesamtkosten. Die Verteilung des von den Unternehmen produzierten »Werts« zwischen Kapital und Arbeit neigt immer stärker dazu, das Kapital zu begünstigen. Und dieses ist immer weniger bereit, den Forderungen der Arbeiterorganisationen nachzugeben oder Kompromisse mit ihnen auszuhandeln. In erster Linie kommt es ihm darauf an, dass sein Übergewicht innerhalb des Produktionsprozesses es ihm er-

laubt, dort sein Gesetz durchzusetzen. Mit einem Wort, es sucht nach einem Mittel, sich von den Sozialgesetzgebungen und den Kollektivvereinbarungen zu befreien, da es diese in einem Kontext, in dem der »Wettbewerb« auf den Weltmärkten der wichtigste Imperativ ist, für unerträgliche Fesseln hält. Die neoliberale Globalisierung verlangt, dass die Sozialgesetze, die die Gesellschaften sich einmal gegeben hatten, von den Marktgesetzen, für die sich niemand verantwortlich machen lässt, außer Kraft gesetzt werden. Dies war im Übrigen das stillschweigende Ziel, mit dem die Globalisierung vorangetrieben wurde. Sie sollte es dem Kapital ermöglichen, sich des für exzessiv erachteten Gewichts, das die Arbeiterorganisationen während der fordistischen Periode erlangt hatten, zu entledigen. Die Arbeiterschaft sollte gezwungen werden, zwischen der Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen und der Arbeitslosigkeit zu wählen.

In Wirklichkeit hat die Globalisierung sowohl zur Arbeitslosigkeit als auch zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen geführt. Der sichere Vollzeitarbeitsplatz bei vollem Lohn ist ein Privileg geworden, das in den hundert größten nordamerikanischen Unternehmen 10 Prozent des Personals vorbehalten ist. Die prekäre, diskontinuierliche, »flexible« Teilzeitarbeit hat die Tendenz, zur Regel zu werden.

Auf diese Weise ist die »Lohnarbeitsgesellschaft« in die Krise geraten. Dort hatte die Beschäftigung vielfältige Funktionen. Sie war das wichtigste Mittel zur Verteilung des gesellschaftlich produzierten Reichtums; sie verschaffte Zugang zur sozialen Staatsbürgerschaft, das heißt zu den diversen Leistungen des Vorsorgestaats, Leistungen, die durch die partielle Umverteilung der Arbeitseinkommen und der Kapitaleinkommen finanziert wurden. Sie garantierte eine bestimmte Art der Integration und der Zugehörig-

keit zu einer Gesellschaft, die auf der Arbeit und der Ware beruhte; im Prinzip sollte sie allen zugänglich sein. Das »Recht auf Arbeit« war in die meisten Verfassungen aufgenommen worden als ein politisches, staatsbürgerliches Recht. Mit der Prekarisierung und »Flexibilisierung« der Beschäftigung, mit der Zerschlagung des »Vorsorgestaats« zerfällt nun die gesamte Gesellschaft, ohne dass bisher irgendeine andere Gesellschaft oder eine andere Perspektive an die Stelle der zusammenbrechenden Ordnung getreten ist.

Im Gegenteil, die Vertreter des Kapitals fahren fort, mit grausamer Heuchelei die Verdienste ebendieser Beschäftigung zu rühmen, die sie doch massiv abschaffen, indem sie die Arbeiter beschuldigen, zu teuer, und die Arbeitslosen, faul, unfähig und an ihrer Arbeitslosigkeit selbst schuld zu sein. Die Unternehmerschaft verlangt die Erhöhung der Wochen- und Jahresarbeitszeit und behauptet, »um die Arbeitslosigkeit zu besiegen«, müsse man mehr arbeiten, weniger verdienen und das Rentenalter hinausschieben. Doch gleichzeitig entlassen große Firmen die Lohnarbeiter, die fünfzig Jahre alt oder älter sind, um »ihr Personal zu verjüngen«.

Das Lob der Tugenden und des Ethos der Arbeit in einem Kontext wachsender Arbeitslosigkeit und Prekarisierung der Beschäftigung ist Teil einer Herrschaftsstrategie: man muss die Arbeiter dazu bringen, die viel zu wenigen Arbeitsplätze einander streitig zu machen, sie zu jedweden Bedingungen zu akzeptieren, sie als solche für begehrenswert zu halten, und verhindern, dass sich Arbeiter und Arbeitslose verbünden, um eine andere Verteilung der Arbeit und des gesellschaftlich produzierten Reichtums zu fordern. Allenthalben werden die Tugenden des nordamerikanischen Neoliberalismus beschworen, der, indem er die Arbeitszeit verlängerte, die Löhne kürzte, die Steuern der Reichen und der Unternehmen senkte, die öffentlichen Dienste privatisierte und

das Arbeitslosengeld drastisch beschneidet, ein stärkeres Wirtschaftswachstum erzielen als die meisten anderen Länder des Nordens und mehr Arbeitsplätze schaffen konnte. War das nicht der Beweis dafür, dass die Schrumpfung der verteilten Lohnsumme, die Verarmung der breiten Masse der Bürger, die spektakuläre Bereicherung der Reichsten keine Hindernisse für das Wirtschaftswachstum darstellen, ganz im Gegenteil? (Im Zeitraum von 1979 bis 1994 mussten 80 Prozent der Lohnabhängigen in den Vereinigten Staaten einen Rückgang ihres Einkommens hinnehmen, während sich 70 Prozent des Zuwachses des dank dem Wachstum produzierten Reichtums im selben Zeitraum 5 Prozent der reichsten Amerikaner angeeignet haben.)

Nein, es war keineswegs ein Beweis. Das Geheimnis des Wirtschaftswachstums der Vereinigten Staaten im Laufe der 1990er-Jahre, die von einer Quasi-Stagnation der europäischen Wirtschaft geprägt waren, beruht auf einer Politik, die sich kein anderes Land erlauben kann und die früher oder später fatale Folgen haben wird. Wie die Wirtschaft der anderen Länder des Nordens krankt die amerikanische Wirtschaft an der Unzulänglichkeit der solventen Nachfrage. Doch nur sie ist imstande, dieser Unzulänglichkeit zu begegnen, indem sie Schulden anhäuft, das heißt praktisch, indem sie Geld schöpft. Um zu verhindern, dass die solvente Nachfrage sinkt und die Wirtschaft in die Rezession abgleitet, ermutigt die Zentralbank die Haushalte, sich bei ihrer Bank zu verschulden und das zu konsumieren, was sie in der Zukunft zu verdienen hoffen. Diese wachsende Verschuldung der Haushalte der »Mittelschichten« war und ist der Hauptmotor des Wachstums. Ende der 1990er-Jahre schuldet jeder Haushalt im Durchschnitt ebenso viel Geld, wie er in den kommenden fünfzehn Monaten zu verdienen hoffte. 1999 gaben die Haushalte 350 Milliarden Dollar mehr aus, als sie

verdienten, und dieser Konsum, der mit keiner produktiven Arbeit verbunden war, spiegelte sich in einem Defizit der Zahlungsbilanz von jährlich 100 und dann im Jahr 2005 von 600 Milliarden Dollar. Alles sah so aus, als liehen sich die Vereinigten Staaten von außen, was sie im Innern verliehen: sie finanzierten eine Schuld durch andere Schulden.

Indem die Vereinigten Staaten im Ausland für 500 Milliarden mehr einkauften, als sie dort verkauften, versorgten sie die Welt mit Bargeld. Praktisch alle Länder wetteiferten darin, den Amerikanern mehr zu verkaufen, als diese ihnen abkauften, das heißt um das »Privileg«, für die amerikanischen Konsumenten zu arbeiten. Weit davon entfernt, die Vereinigten Staaten jemals um die Begleichung ihrer Schulden zu bitten, taten ihre Gläubiger genau das Gegenteil: sie gaben den Vereinigten Staaten zurück, was diese verloren, indem sie bei der Wall Street amerikanische Schatzanweisungen und Aktien kauften. Dieser erstaunliche Zustand kann indes nur solange andauern, wie die Börsenkurse der Wall Street weiterhin steigen und der Dollar im Vergleich zu den anderen Währungen nicht fällt. Sollten die Kurse der Wall Street dauerhaft zu sinken und der Dollar zu fallen beginnen, wird der fiktive Charakter der Schuldforderungen in Dollar offenkundig werden und das weltweite Banksystem wie ein Kartenhaus in sich zusammenfallen. Der Kapitalismus »bewegt sich am Rand des Abgrunds«. Robert Kurz, wahrscheinlich der beste kritische Theoretiker der Veränderungen des Kapitalismus und seiner gegenwärtigen Krise, widmet einen großen Teil seines letzten Buchs (*Das Weltkapital*, Berlin 2005) der lebenswichtigen Funktion, die derzeit die Finanzblasen erfüllen. Diese entstehen durch die spekulative Aufblähung finanzieller Aktiva. Die Hausse ihrer Kurse ermöglicht es den Banken, den Kreditnehmern wachsende Kredite zu gewähren und

damit die Wirtschaftstätigkeit zu stützen. Die Finanzblase ist Kurz' Formulierung zufolge »eine wunderbare Geldschöpfungsmaschine«. Jede Blase platzt schließlich früher oder später und verursacht reihenweise Konkurse, falls ihr nicht sehr schnell eine neue und größere Blase folgt. So folgte der Börsenblase die Internetblase und auf deren Platzen die derzeitige Immobilienblase, nach Ansicht von *The Economist* »die größte aller Zeiten«. Innerhalb von drei Jahren hat sie den Börsenwert des Immobiliensektors von 2000 auf 6000 Milliarden Dollar wachsen lassen. Keiner kann die Folgen vorhersagen. Je größer eine Blase ist, umso mehr birgt ihr Platzen die Gefahr, dass das Bank- und Geldsystem zusammenbricht.

Produzieren und mehr produzieren ist also kein Problem. Das Problem ist, das, was produziert wurde, an Käufer zu verkaufen, die zahlen können. Das Problem ist die Verteilung einer Produktion, die mit immer weniger Arbeit erzielt wird und die immer weniger Zahlungsmittel unregelmäßig und ungleich verteilt. Das Problem ist die unaufhörlich wachsende Kluft zwischen der Fähigkeit, zu produzieren, und der Fähigkeit, mit Profit zu verkaufen, zwischen dem produzierbaren *Reichtum* und der Warenform, der *Wertform*, die der Reichtum zwangsläufig annehmen muss, um im Rahmen des bestehenden Wirtschaftssystems produziert werden zu können.

Die Lösung des Problems besteht weder in der bloßen Schaffung von zusätzlichen Zahlungsmitteln noch in der Schaffung einer ausreichenden Zahl von Arbeitsplätzen, um die gesamte »arbeits«willige Bevölkerung zu beschäftigen und zu entlohnen – das heißt im Weltmaßstab etwa ein Drittel der potenziell erwerbsfähigen Bevölkerung des Planeten.

Ich werde gleich zeigen, dass sich die Lösung, die Kaufkraft der Bevölkerung durch die Schaffung von zusätzlichen, auf alle

verteilten Zahlungsmitteln zu erhöhen, im Rahmen des bestehenden Systems nicht anwenden lässt. Doch zuvor muss deutlich gemacht werden, dass die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze in nahezu unbegrenzter Menge, wie sie besonders in den Vereinigten Staaten praktiziert wird, im Maßstab einer Gesellschaft praktisch keinen zusätzlichen Reichtum schafft, auch wenn sie einer großen Zahl von Erwerbstätigen zu einem im Allgemeinen niedrigen und unregelmäßigen Einkommen verhilft.

Denn nicht jede Beschäftigung ist in dem Sinne »produktiv«, den dieser Terminus in einer kapitalistischen Wirtschaft hat. »Produktiv« ist hier nur die Arbeit, die ein Kapital valorisiert – das heißt vermehrt –, weil derjenige, der sie liefert, nicht die Gesamtheit des Werts dessen konsumiert, was er produziert. Nun sind aber die berühmten »Beschäftigungsreserven«, dank denen die Regierungen die Arbeitslosigkeit zu beseitigen hoffen, zum größten Teil im oben erwähnten Sinn unproduktive Beschäftigungen. Dies gilt insbesondere für den Sektor der personenbezogenen Dienstleistungen, in dem 55 Prozent der aktiven Bevölkerung der Vereinigten Staaten beschäftigt sind. Edward Luttwak schreibt:

»[...] 55 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung arbeiten als Verkäufer/Verkäuferinnen, Kellner/Kellnerinnen, Putzfrauen und -männer, Hausangestellte, Gärtner, Kindermädchen und Hausmeister, und die Hälfte von ihnen haben einen unsicheren, schlecht bezahlten Job, über ein Viertel sind *working poors*, deren Einkommen unterhalb der Armutsgrenze liegt, selbst wenn sie zwei oder drei Beschäftigungen nachgehen.«³⁵

Alles sieht so aus, als ließen 20 Prozent der Reichsten je zwei oder drei Arme für sich arbeiten. Diese Arbeitsplätze erhöhen jedoch nicht die Menge der zirkulierenden Zahlungsmittel: sie schöpfen keinen Wert, sie konsumieren lediglich anderswo ge-

schöpften Wert. Ihre Entlohnung stammt aus den Einkommen, das ihre Kunden aus der produktiven Arbeit erzielt haben, es ist ein *sekundäres Einkommen*, eine sekundäre Umverteilung eines Teils der primären Einkommen. Diese fehlende Wertschöpfung bei personenbezogenen Dienstleistungen – ich spreche nur von ihrem Wert im ökonomischen Sinn, nicht von ihrem Gebrauchs- oder Erholungswert – wurde von einem großen amerikanischen Arbeitgeber sehr gut zusammengefasst. Als er die These bestimmter Neoliberaler erörterte, die meinten, man könne das Wachstum dadurch stützen, dass man die Arbeitslosen zwingt, für ihren Lebensunterhalt an der Straßenecke Blumen zu verkaufen, die Schuhe der Passanten zu putzen oder Hamburger zu verkaufen, sagte er: »Man kann eine Wirtschaft nicht am Laufen halten, indem man einander Hamburger verkauft.«

Meist verwandeln derartige Arbeitsplätze Dienstleistungen, die die Leute untereinander austauschen könnten, ohne dafür zu zahlen, oder Tätigkeiten, die sie ebenso gut selbst ausführen könnten, in entlohnte Leistungen. In der Tat bedeutet die Umwandlung dieser Tätigkeiten in Arbeitsplätze keine Arbeitszeiterparnis, auch keinen Zeitgewinn im Maßstab der Gesellschaft; sie verteilt Zeit lediglich um. Der unproduktive Charakter der gekauften und verkauften Dienstleistungen spiegelt sich auf dieser Ebene.

Die Ausdehnung dieser Art von Tauschhandel kennt praktisch keine Grenzen. In *World Philosophy* (Paris 2000) stellt Pierre Lévy sich vor, jeglichen gesellschaftlichen Austausch und sämtliche interpersonellen Beziehungen in Business zu verwandeln: »Sexualität, Ehe, Zeugung, Gesundheit, Schönheit, Identität, Bekanntschaften, Beziehungen, Ideen [...]. Ständig wären wir damit beschäftigt, alle Arten von Business zu machen. [...] Der Mensch wird ein Betrieb. Weder die Familie noch die Nation können die-

ser Entwicklung standhalten.« Dann verbringen die Leute Zeit damit, einander *sich selbst* zu verkaufen. Sie alle sind nicht nur Händler, sondern auch Waren auf der Suche nach Käufern.

Man muss die Forderung nach einem Existenzeinkommen wieder in diesen Zusammenhang stellen. Sein Ziel besteht nicht darin, die Gesellschaft des Geldes und der Ware zu verewigen, auch nicht das herrschende Konsummodell der sogenannten entwickelten Länder zu verewigen. Sein Ziel ist vielmehr, die Arbeitslosen und prekär Beschäftigten vom Zwang zu befreien, *sich selbst* zu verkaufen: die »Arbeit von der Diktatur der Beschäftigung zu befreien«, nach der Formulierung von Frithjof Bergmann. Wie es in einem Text einer der einflussreichsten Arbeitslosenvereine in Frankreich heißt, muss das Existenzeinkommen »uns die Mittel geben, Tätigkeiten zu entfalten, die unendlich bereichernder sind als diejenigen, zu denen man uns zwingen will«, Tätigkeiten, bei denen die Individuen sich entfalten können und die gleichzeitig jene inneren Reichtümer schaffen, die kein Unternehmen herzustellen, kein Lohn zu kaufen vermag und deren Wert mit keinerlei Geld zu messen ist.

Diese inneren Reichtümer sind beispielsweise die Qualität der Lebenswelt, die Qualität der Erziehung, die Bande der Solidarität, die Netze gegenseitiger Hilfe, das Ausmaß des gemeinsamen Wissens und der praktischen Kenntnisse, die Kultur, die sich in den Interaktionen des täglichen Lebens spiegelt und entwickelt – alles Dinge, die keine Warenform annehmen können, die sich gegen nichts anderes eintauschen lassen, die keinen Preis, aber jeweils einen inneren Wert haben. Von ihnen hängen die Qualität und der Sinn des Lebens, die Qualität einer Gesellschaft und einer Zivilisation ab. Sie können nicht auf Bestellung produziert werden, sondern nur durch die Bewegung des Lebens selbst und

die täglichen Beziehungen. Ihre Produktion erfordert nicht messbare Zeit.

Das bedingungslose Sozialeinkommen wird gefordert, um all diese nicht vorgeschriebenen freien Tätigkeiten zu ermöglichen, von denen die Entfaltung der menschlichen Fähigkeiten und Beziehungen abhängt. Die Erziehung, die Kultur, die Ausübung der Künste, des Sports, der Spiele, der affektiven Beziehungen sind nicht dazu da, *zu etwas nütze zu sein*. Es sind Tätigkeiten, durch die die Menschen sich ganz und gar als Menschen produzieren und ihre Menschlichkeit als den Sinn und das absolute Ziel ihres Daseins behaupten. Lediglich *obendrein* erhöhen sie auch die Produktivität der Arbeit: sie ermöglichen es ihr, immer intelligenter, erfinderischer, effizienter zu werden, Herr ihrer kollektiven Organisation und ihrer äußeren Folgen, also sparsam im Umgang mit der Zeit und den Ressourcen. Zu diesem Ergebnis wird das Sozialeinkommen gelangen, sofern es nicht von vornherein an die Kette vorherbestimmter Aufgaben gelegt wird, nicht das *Mittel* ist, um das Wachstum der Produktivität zu erreichen. Im Gegenteil, die produktive Tätigkeit muss eines der *Mittel* zur Entfaltung der Menschen sein, nicht umgekehrt. So wird sie mit Ressourcen, Energie und Zeit am sparsamsten umgehen.

Natürlich steht diese Auffassung der herrschenden Auffassung der ökonomischen Rationalität entgegen. Sie wird von den Vertretern des Kapitals heftig bekämpft. Ihnen zufolge sind die Menschen in erster Linie Produktionsmittel, und ihre Erziehung, ihre Ausbildung, ihre Kultur müssen ihren produktiven Funktionen nützlich sein. Der Unterricht, die Kultur müssen *zu etwas dienen*, der Wirtschaft Arbeitskräfte liefern, die vorherbestimmten Aufgaben angepasst sind.

Die fortschrittlichen Unternehmensführer wissen genau, dass

diese instrumentelle Auffassung der Kultur unhaltbar geworden ist, und sie räumen es zuweilen auch ein, wenn sie sagen, dass sie gerade die Kreativität, die Fantasie, die Intelligenz ihrer Mitarbeiter benötigen, deren Fähigkeit, ihre Kenntnisse ständig zu erweitern. Die mit der Arbeit zugebrachte Zeit ist nicht länger der Maßstab für ihren Beitrag zur Produktivität. Diese Zeit ist häufig geringer als die Zeit, die sie außerhalb ihrer Arbeit verbringen, um ihre kognitiven und imaginativen Fähigkeiten durch Tätigkeiten zu erhalten, die »zu nichts dienen«, die die menschliche Entfaltung *sind* und diese nur unter der Bedingung voll und ganz ermöglichen, dass sie keinen fremden Imperativen unterworfen werden.

Dies ist der Widerspruch, der heute einen Kapitalismus durchzieht, der im »Wissen«, in der Entwicklung der menschlichen Fähigkeiten die entscheidende Produktivkraft erkennt und über diese Kraft nur unter der Bedingung verfügen kann, dass er sie nicht verklavt. *Das Recht der Menschen, unabhängig von jener »Arbeit« zu existieren, deren die Wirtschaft immer weniger bedarf, ist von nun an die Voraussetzung, von der die Entwicklung einer sogenannten Wissensökonomie (knowledge economy) abhängt, die tatsächlich die Grundlagen der kapitalistischen politischen Ökonomie angreift.*

Die Forderung nach einem von der Arbeitszeit und von der Arbeit selbst abgekoppelten Existenzeinkommen ist also keine Utopie. Im Gegenteil, sie nimmt zur Kenntnis, dass die »Arbeit«, so wie sie seit zwei Jahrhunderten verstanden wird, nicht mehr die hauptsächliche Produktivkraft ist und dass die hauptsächliche Produktivkraft, das lebendige Wissen, sich weder mit den üblichen Maßstäben der Wirtschaft messen noch nach der Zahl der Stunden entlohnen lässt, in denen ein jeder es einsetzt.

Daher glaube ich nicht, dass das Existenzeinkommen allmählich und friedlich durch eine »von oben« beschlossene Reform ein-

geführt werden kann. Wie Antonella Corsani schrieb: »[...] Vor allem darf es keiner Umverteilungslogik folgen, sondern muss sich nach der subversiven Logik einer radikalen Überwindung des auf dem Kapital und der Arbeit beruhenden Reichtums richten.« Allein schon die Idee eines Existenzeinkommens zeugt von einem Bruch. Sie zwingt dazu, die Dinge anders zu sehen und vor allem die Bedeutung jener Reichtümer zu erkennen, die keine Wertform, das heißt nicht die Form des Geldes und der Ware annehmen können.

Das Existenzeinkommen wird, sobald es eingeführt ist, ein ganz anders Geld sein als das, das wir heute verwenden. Es wird nicht dieselben Funktionen haben. Es wird nicht zu Herrschafts- und Machtzwecken verwendet werden können. Es wird zur gleichen Zeit wie Netze kommunaler Kooperativen der Eigenproduktion (der *high-tech self-providing*, nach der Formulierung von Bergmann) »von unten« geschaffen werden, von einer Flutwelle getragen, als Antwort auf ein Zusammentreffen der verschiedenen Krisenformen, die wir heraufziehen spüren: Klimakrise, ökologische Krise, Energiekrise und monetäre Krise infolge des kollabierenden Kredit systems. Wir sind alle potenziell Argentinier. Die Fortsetzung hängt weitgehend von den Gruppen und Bewegungen ab, deren Praktiken die Möglichkeiten einer anderen Welt skizzieren und sie vorbereiten.

In Ihrem letzten Buch, Wissen, Wert und Kapital, schneiden Sie das Thema der Ökonomie des Immateriellen an. Ihnen zufolge bedeutet sie die Krise des Kapitalismus. Aus welchem Grund?

Wenn wir uns auf eine »Wissensökonomie« zubewegen, wie kommt es dann, dass bestimmte materielle Güter weiterhin so große Bedeutung haben wie beispielsweise das Erdöl – und was wird aus der Landwirtschaft, insbesondere was die Subventionen betrifft?

Die Ausdrücke »Wissensökonomie«, »Wissensgesellschaft« (*knowledge society*) sind in der angelsächsischen Literatur seit fünfunddreißig Jahren üblich. Sie bedeuten einerseits, wie ich bereits sagte, dass die Arbeit, praktisch jede Arbeit in allen Produktionszweigen, vom Arbeiter imaginative, kommunikative, kognitive usw. Fähigkeiten verlangt, kurzum, den Beitrag eines lebendigen Wissens, das er in sich selbst schöpfen muss. Die Arbeit ist nicht mehr allein nach der Zeit messbar, die man mit ihr zubringt. Die persönliche Implikation, die sie verlangt, bewirkt, dass es praktisch keinen allgemeinen Maßstab zu ihrer Bewertung mehr gibt.

Das gleiche gilt für den Marktwert der Produkte. Ihre materielle Substanz erfordert immer weniger Arbeit, ihre Kosten sind gering, und daher weist ihr Preis eine sinkende Tendenz auf. Um diesem Preisverfall entgegenzuwirken, verwandeln die Firmen die materiellen Produkte in Träger immaterieller, symbolischer, affektiver, ästhetischer Inhalte. Es zählt nicht mehr ihr praktischer Wert, sondern die Eigenschaft, subjektiv begehrenswert zu sein, zu der ihnen die Identität, das Ansehen, die Persönlichkeit verhelfen sollen, die sie ihrem Besitzer verleihen, oder die Qualität der Kenntnisse, deren Resultat sie angeblich sind. Man hat also eine mächtige Industrie, die des Marketing und der Werbung, die lediglich Symbole, Bilder, Botschaften, Stile, Moden produziert, das heißt immaterielle Dimensionen, die bewirken, dass die materiellen Waren zu einem hohen Preis verkauft werden können, und die unaufhörlich innovieren, um das, was existiert, aus der Mode kommen zu lassen und Neuheiten auf den Markt zu werfen. Auch das ist eine Art und Weise, den Überfluss, der die Preise sinken lässt, zu bekämpfen und Knappheit zu erzeugen – das Neue ist anfangs immer knapp –, was dann die Preise wieder steigen lässt. Sogar die Produkte des täglichen Gebrauchs und die Nahrungsmittel werden

nach dieser Methode kommerzialisiert: zum Beispiel die Milchprodukte oder die Waschmittel. Das Logo der verschiedenen Firmen ist dazu bestimmt, ihren Produkten eine Besonderheit zu verleihen, die sie unvergleichlich macht, gegen andere nicht austauschbar. So wie die Bedeutung der immateriellen Zusammensetzung der Arbeit bewirkte, dass sich diese nicht mehr mit einem allgemeinen Maßstab messen ließ, so entzieht die Bedeutung der immateriellen Zusammensetzung der Waren sie zumindest zeitweise der Konkurrenz, indem sie mit symbolischen Eigenschaften versehen werden, die sich dem Vergleich und der Messung entziehen.

Untersucht man die Produkte, die sich seit über zwanzig oder dreißig Jahren entwickelt haben, so stellt man auch hier die Herrschaft der immateriellen Waren fest: insbesondere der Musik, des Bildes (Fotografie, Videokamera, Fernseher, Videorekorder und dann DVD), der Kommunikation (Mobiltelefon, Internet). Das Materielle ist lediglich der Träger des Immateriellen, nur dank Letzterem hat es einen Gebrauchswert. Hauptsächlich der immaterielle Konsum hat es der kapitalistischen Wirtschaft ermöglicht, weiterhin zu funktionieren und zu wachsen.

Wir befinden uns also in einer Situation, in der drei grundlegende Kategorien der politischen Ökonomie, die Arbeit, der Wert und das Kapital, nicht mehr an einem gemeinsamen Maßstab messbar sind. Vor etwa dreißig Jahren wollte der Kapitalismus die Krise des fordistischen Systems dadurch überwinden, dass es sich in die Wissensökonomie stürzte, das heißt, das lebendige Wissen kapitalisierte. Damit hat er sich neue Probleme geschaffen, die im Rahmen des Systems nicht gelöst werden können. Denn das lebendige Wissen in »Humankapital« zu verwandeln ist keine leichte Aufgabe. Die Unternehmen sind außerstande, »Humankapital« zu produzieren und zu akkumulieren, auch außerstande, sich dessen

Kontrolle dauerhaft zu sichern. Die lebendige Intelligenz, die zur Hauptproduktionskraft geworden ist, droht ständig, ihrem Zugriff zu entgleiten. Andererseits lassen sich die formalisierten und formalisierbaren, in Software übertragbaren Kenntnisse zu geringen Kosten in unbegrenzter Menge reproduzieren. Es sind also potenziell im Überfluss vorhandene Güter, deren Tauschwert aufgrund dieses Überflusses gegen Null tendieren wird. Eine wirkliche Wissensökonomie wäre also eine Ökonomie der Unentgeltlichkeit und der Teilung, und beide würden die Kenntnisse als Gemeingut der Menschheit behandeln.

Um die Kenntnisse zu kapitalisieren und zu valorisieren, muss das kapitalistische Unternehmen sie privatisieren, durch private Aneignung und Patentierung all das verknappen, was potenziell im Überfluss vorhanden und unentgeltlich ist. Und diese Privatisierung und Verknappung ist überaus kostenintensiv, denn das vorübergehende Monopol, das die Firma erwirbt, muss gegen gleichwertige und neue Kenntnisse, gegen Imitationen und Neuerfindungen geschützt werden, indem man den Markt abschottet mit Hilfe von Marketingkampagnen und Innovationen, die eventuellen Konkurrenten zuvorkommen.

Kenntnisse sind keine Waren wie andere, und ihr kommerzieller, monetärer Wert ist immer eine künstliche Konstruktion. Sie als »immaterielles Kapital« zu behandeln und an der Börse zu notieren, heißt immer, dem, was keinen messbaren Wert hat, einen fiktiven Wert zuzuweisen. Welchen Wert hat zum Beispiel das Kapital von Coca Cola, Nike, McDonald's – lauter Firmen, die kein materielles Kapital besitzen, sondern lediglich ein Know-how, eine Geschäftsorganisation und einen bekannten Markennamen? Was ist sogar Microsoft wert? Die Antwort hängt im Wesentlichen davon ab, wie hoch die Börse die Monopolrente bewertet, die diese

Firmen zu erzielen hoffen. Es heißt, dass der Zusammenbruch der Börse NASDAQ im Jahre 2001 die Welt um 4000 Milliarden Dollar ärmer gemacht habe. Aber diese Milliarden haben immer nur fiktiv existiert. Wenn der Zusammenbruch der »immateriellen Werte« etwas gezeigt hat, dann im Wesentlichen die innere Schwierigkeit, das immaterielle Kapital wie ein Kapital und die Wissensökonomie wie einen Kapitalismus funktionieren lassen zu wollen.

Das Fehlen eines für das Wissen, die immaterielle Arbeit und das Kapital gemeinsamen Maßstabs, der sinkende Wert der materiellen Produkte und die künstliche Erhöhung des Tauscherts des Immateriellen disqualifizieren die makroökonomischen Messinstrumente. Die Schaffung von Reichtümern lässt sich nicht mehr in monetären Begriffen messen. Die Grundlagen der politischen Ökonomie brechen zusammen. In diesem Sinne ist die Wissensökonomie die Krise des Kapitalismus. Es ist kein Zufall, dass sich seit einigen Jahren die philosophischen und ökonomischen Werke mehren, die auf die Notwendigkeit hinweisen, den Reichtum neu zu definieren. Im Herzen des Kapitalismus zeichnet sich eine andere Ökonomie ab, die das Verhältnis zwischen der Produktion von Handelsreichtümern und der Produktion von menschlichem Reichtum umkehrt.